افغانستان آزاد _ آزاد افغانستان

AA-AA

بدین بوم و بر زنده یک تن مسباد از آن به که کشور به دشمن دهیم چو کشور نباشد تن من مبساد همه سر به سر تن به کشتن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com European Languages زباتهای اروپانی

Ausgabe vom 03.03.2018

Von Peter Schaber 04.03.2018

Flagge zeigen gegen Erdogan

Türkei setzt ihren Angriffskrieg im Norden Syriens fort. Breites Bündnis mobilisiert zum Protest gegen die Aggression



Symbole des Widerstands gegen Islamischen Staat und türkische Armee: Demonstration für ein Ende des Afrin-Krieges in Berlin, 4.2.2018

Foto: Christian-Ditsch.de

Der 42. Tag der »Operation Olivenzweig«, wie das Erdogan-Regime seinen Angriffskrieg auf das nordsyrische Afrin zynisch nennt, verlief für die Truppen Ankaras desaströs. Mehr als 30 türkische Soldaten und Kämpfer verbündeter islamistischer Milizen sollen der kurdischen Nachrichtenagentur *ANF* zufolge allein am Donnerstag ihr Leben verloren haben. Videos dokumentieren die Zerstörung zweier gepanzerter Fahrzeuge sowie den Abschuss eines Kampfhubschraubers durch die kurdischen Volksverteidigungskräfte YPG und die autonomen Fraueneinheiten YPJ. Insgesamt verlor die Türkei in den Gefechten bislang mehrere Dutzend gepanzerte Fahrzeuge.

»Eigentlich befinden sich YPG und YPJ nach der UN-Resolution zum Waffenstillstand in Syrien in Verteidigungsstellung«, erklärt die Frontjournalistin Siya Nebi vom Information Center of Afrin Resistance (ICAR) am Freitag gegenüber junge Welt. »Doch weil die Türkei und ihre dschihadistischen Verbündeten nach wie vor versuchen vorzurücken, kommt es zu Gefechten.« Auch am Freitag gingen deren Bombardements aus der Luft und Artilleriebeschuss ungebrochen weiter. »Die Türkei greift an allen Fronten an. Sie beschießt Radjou, Dschindirese, Siye und Mabeta.«

Gegen die gut dokumentierten Verbrechen der türkischen Armee – Beschuss von Wohngebieten, Folter, Leichenschändungen und Plünderungen – protestieren inzwischen auch in Europa immer mehr Menschen. Seit dem 20. Januar, dem Beginn des türkischen Angriffskrieges, reißen die Solidaritätsaktionen für die Verteidiger des mehrheitlich von Kurden bewohnten Kantons auch in Deutschland nicht ab: In Dutzenden Städten fanden Kundgebungen statt, Parteibüros wurden besetzt, Demonstranten drangen in eine Veranstaltung der Bundespressekonferenz ein.

An diesem Sonnabend steuern die Antikriegsproteste auf ihren bisherigen Höhepunkt zu. Ein breites »Bündnis für Frieden und Demokratie in Afrin« von linken Parteien und Organisationen, Migrantenverbänden und autonomen Gruppen ruft – unterstützt durch Gewerkschafter, Künstler und Akademiker – zu einer Massendemonstration in Berlin auf. Der Massenaufmarsch soll auch ein Zeichen gegen die Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung in der BRD setzen. Immer wieder hatten deutsche Behörden in den vergangenen Wochen Versammlungen des »Demokratischen Gesellschaftszentrums der KurdInnen in Deutschland« (Nav-Dem) untersagt, Prozesse wegen des Zeigens von YPG-und YPJ-Fahnen angestrengt.

»Die deutsche Verbotspolitik liegt auf einer Linie mit der der Türkei«, kommentierte am Freitag Ayten Kaplan, Kovorsitzende von Nav-Dem, dieses Vorgehen gegenüber *junge Welt.* »Das Recht der Kurden, ihre Fahnen zu tragen, wird den wirtschaftlichen und

politischen Beziehungen zur Türkei geopfert.« Im Rahmen der »schmutzigen Deals« hält die kurdische Aktivistin mittlerweile auch ein Verbot des viele Tausende Mitglieder zählenden Vereins Nav-Dem für durchaus möglich. »Das kann jederzeit sein. Aber es ist die Frage, wie weit die Bundesregierung gehen will. Wenn sie ein Verbot ausspricht, muss sie auch mit den Konsequenzen rechnen. Was dann passiert, haben wir in den 1990er Jahren erlebt«, so Kaplan. Der kurdische Dachverband aber wolle diese Eskalation nicht. »Eine Lösung ist nur auf dem Weg des Dialoges möglich.«